

Wochenblatt für Wilsdruff

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstag, Donnerstag und Sonnabends.

Bezugspreis vierteljährlich 1,35 RM., in Wilsdruff 1,30 RM., durch die Post bezogen 1,54 RM.

Preis pro Nummer 6. — Telegramm-Adresse: Amtsblatt Wilsdruff.

und Umgegend.

Insertate werden Montag, Mittwoch und Freitag bis spätestens 12 Uhr angenommen.

Insertionspreis 15 Pfg. pro viergespaltene Zeile. Außerhalb des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff 20 Pfg. Zeitranbender und tabellarischer Satz mit 50 % Aufschlag.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Weissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat in Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Tharand.

Localblatt für Wilsdruff,

Mittanneberg, Birkenhain, Blantenstein, Braunsdorf, Buchharthwalde, Croitzsch, Grumbach, Grund bei Rohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Sandberg, Jahnitz, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Sampersdorf, Simbach, Sogen, Rohorn, Rützig-Rothsch, Rünzig, Neutirchen, Neutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Pohrsdorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Rothsch, Rothschönberg mit Berne, Sachsdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Rohorn, Seeligstadt, Sechthausen, Tankestein, Unterdorf, Weistropf, Wilberg.

Mit der wöchentlichen Beilage „Welt im Bild“ und der monatlichen Beilage „Unsere Heimat“.

Druck und Verlag von Arthur Schulte, Wilsdruff. Für Inhalt und Inserate verantwortlich: Arthur Schulte, für den übrigen Teil: Johannes Krzig, beide in Wilsdruff.

No. 77.

Sonnabend, den 10. Juli 1909.

68. Jahrg.

498/IV

Herr Brandversicherungsspekulator Seelig, hier, ist vom 17. Juli bis mit 18. August dieses Jahres beurlaubt. Während dieser Zeit ist seine Stellvertretung Herrn Inspektors-Assistenten Frank, hier, übertragen worden.

Weissen, am 7. Juli 1909.

Nr. 442 IX.

Die königliche Amtshauptmannschaft.

Der Kaufmann, Herr

in Wilsdruff, ist als Ständesbeamter und der Gutbesitzer, Herr

Andreas Wehler

Max Jeremias

ebenda, ist als stellvertretender Ständesbeamter für den zusammengefügten Ständesamtsbezirk Wilsdruff verpflichtet worden.

Weissen, am 1. Juli 1909. Die königliche Amtshauptmannschaft.

Politische Rundschau.

Wilsdruff, den 9. Juli.

Deutsches Reich.

Zur Reichsfinanzreform.

Ueber ein neues Erbschaftsteuergesetz ist in wesentlichen Teilen eine Einigung erzielt worden. Der Bundesrat wird sich einverstanden erklären, die vorgeschlagene Steuer auf Feuerversicherungsstellen durch die Talonsteuer (Zinssteuer) zu ersetzen, deren Ertrag auf 20 Millionen geschätzt wird. — Die Abgeordneten Freiherr v. Camp (Rp.), Müller-Judva (Zentr.) und Graf Westarp (Kons.) haben zur zweiten Lesung der Novelle zum Reichsteuergesetz einen Antrag gestellt, die Regierungsvorlage bezüglich der dem Staat gleichgestellten Quittungen wieder herzustellen.

Der „Vol.-Anz.“ gibt eine Zusammenstellung der finanziellen Ergebnisse des Kompromisses zwischen Bundesrat und der neuen Reichstagsmehrheit. Bis jetzt sind bewilligt insgesamt 352 Millionen. Davon entfallen auf die Grundstücksübertragung 40, Gläub.-pr. 20, Kaffee- und Teezoll 37, Wechselstempel 2, Bier 100, Tabak 43, Branntwein 80, Schaumwein 50 und Süßwaren 25 Millionen. Der Bewilligung harren noch 95 Millionen und zwar Quittungen und Schecks 20, Rüge und Effektenstempel 22 1/2, Talonstempel 27 1/2, Erhöhung der Matrikularbeiträge 25 Millionen. Aufrecht erhalten bleiben: Fahrkartensteuer mit 20 und Zuckersteuer mit 35 Millionen, also zusammen 55 Millionen, so daß die Schlussrechnung sich wie folgt stellt: bereits bewilligt 352 Millionen, noch zu bewilligen 95 Millionen, Fahrkarten- und Zuckersteuer 55 Millionen, insgesamt 502 Millionen.

Aufräumen im Reichstag.

Der Senatorenkonvent des Reichstags trat Mittwoch nachmittag während der Plenarsitzung zusammen, um sich über die Geschäftslage zu verständigen. Man wollte die zweite Lesung der Finanzreform gestern auf jeden Fall beenden. Heute sollen dann kleine Vorlagen erledigt werden: das Abkommen mit Dänemark, der Handelsvertrag mit Venezuela, das Gerstenzollgesetz, der Kommissionsbeschluss über die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer und wenn möglich auch noch Wahlprüfungen. Die Beschlussvorlage, deren Beratung die Budgetkommission in ihrer Abend Sitzung am Mittwoch erledigte, kommt morgen zur zweiten Beratung ins Plenum. Der Kommissionsbericht gelangte heute zur Verteilung. Am Montag beginnt die dritte Lesung der Finanzreform, an die sich die dritte Lesung des Besoldungsgesetzes anschließt. Man hofft, am Mittwoch fertig zu sein. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß mit Rücksicht auf die noch unerledigten Vorlagen, Gewerbenovelle, Arbeitskammergesetz usw., der Reichstag nicht geschlossen, sondern nur vertagt werde. Bekanntlich hat dies nicht der Reichstag zu entscheiden.

Nach Erledigung mehrerer kleinerer Vorlagen hat der Reichstag vorgestern die Mühlenmaßsteuer mit einer Mehrheit von acht Stimmen in zweiter Lesung abgelehnt. Auch der Kohlenausfuhrzoll wurde abgelehnt.

Fürst Gulenburg vor dem Schwurgericht.

Der neue Meinesprozess gegen den Fürsten Gulenburg nahm am Mittwoch vormittag vor dem Schwurgericht seinen Anfang. Der Angeklagte war bereits um 8 Uhr in Begleitung seines Sohnes vor dem Kriminalgericht erschienen und sofort nach dem großen Gerichtssaal gebracht worden, wo die Verhandlung stattfand. Fürst Gulenburg nahm zunächst auf der Zeugenbank, später in einem bequemen Sessel neben dem Tisch der Verteidiger Platz. Er sieht verhältnismäßig wohl aus. Um 9 Uhr eröffnete der Landgerichtsdirektor Kanzow die Sitzung.

Vor der Auslosung der Geschworenen erklärte sich einer der Geschworenen für belanglos und wurde entlassen. Während der Untersuchung im Gerichtssaal fiel der Angeklagte vor den Geschworenen, dem Gericht und den Zeugen, die sämtlich zugegen waren plötzlich in einen sehr heftigen Krampfanfall. Nachdem das Bewußtsein des Angeklagten zurückkehrte, wurde die Verhandlung eröffnet. Professor Kraus, eine bekannte Autorität auf dem Gebiete der Herzkrankheiten mit einer ungemein reichen Erfahrung erklärte, einen derartigen Krankheitszustand noch niemals beobachtet zu haben. Der Angeklagte hatte während des Anfalles einen stark erhöhten Pulsschlag und starke Pupillen. Allerdings erklärte der Professor gleichzeitig, daß der Angeklagte unter diesen Umständen nicht verhandlungsfähig sei. Es sei indessen die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß in den nächsten Tagen die Fähigkeit zur Verhandlung wieder eintreten könne. Jedenfalls sei der Angeklagte jetzt nicht im Besitze der vollen geistigen Kraft, um sich in jeder Weise verteidigen zu können. Diefem Gutachten schlossen sich die anderen Ärzte an. Es wurde sodann das Obergutachten der wissenschaftlichen Station für das Medizinwesen in Preußen verlesen. Hierin spricht die aus hervorragenden Ärzten bestehende oberste Medizinische Behörde in Preußen sich dahin aus, die untersuchende Untersuchungsstation hat den Eindruck gehabt, daß Fürst Gulenburg Krankheit simuliere, daß er den Atem künstlich anhalte, Schmerzen simuliere, insbesondere auch den Anschein erwecken wolle, als ob er nicht gehen könne. Geheimer Medizinalrat Professor Dr. Strahmann, der dieses Gutachten mit ausgearbeitet hat, gibt die Erklärung ab, daß er den Inhalt dieses Gutachtens vollständig vertreten müsse. Nach dem vorstehenden Anfall halte er allerdings den Angeklagten indessen gleichfalls jetzt nicht für verhandlungsfähig. Der Vorsitzende wies dann darauf hin, daß Staatsanwalt, Richter und Geschworene, Verteidiger und Zeugen bei dem Anfall zugegen gewesen seien. Einer der Geschworenen erklärt, er müsse es ablehnen, unter diesen Umständen bei einer etwaigen weiteren Verhandlung mitzuwirken, da er den Angeklagten nicht für verhandlungsfähig halte. Dierauf erregt Oberstaatsanwalt Preuß das Wort und führt aus, daß sein Amt heute besonders schwierig sei; er müsse, nachdem das Gutachten der Ärzte nach diesem Anfall sich gegen eine Verhaftung ausspreche, seinen dahingehenden Antrag zurückziehen. Er müsse weiter, weil der Angeklagte verhandlungsunfähig sei, den Antrag stellen, die Verhandlung auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Das Gericht entsprach, ohne sich zu einer Beratung zurückziehen, diesem Antrage. Damit hat die Verhandlung ihr Ende erreicht. Der Prozess Gulenburg ist wiederum auf unbestimmte Zeit vertagt.

Fürst Bülow

und die evangelischen Arbeitervereine.

Aus Anlaß des Rücktritts des Fürsten Bülow hat Lic. Dr. Weber, der Vorsitzende des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine an den Reichskanzler folgenden Schreiben gerichtet: „Ew. Durchlaucht wollen gestatten, daß ich im Namen meiner Kameraden vom Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands Ew. Durchlaucht die tiefe und aufrichtige Betrübnis ausdrücke, daß Sie von Ihrem Posten zurücktreten wollen. Wir werden Ew. Durchlaucht stets für das freundliche Wohlwollen dankbar sein und bleiben, daß Sie unserer Sache und der ganzen christlich-nationalen Arbeiterbewegung zugewandt haben. Möge Gott der Herr Ew. Durchlaucht nach der Rast von Arbeit, Mühe und Sorge, die Sie im Dienste des Vaterlandes getragen haben, einen geeigneten, friedvollen Lebensabend beschicken!“ — Fürst Bülow hat darauf wie folgt geantwortet: „Euer Hochwürden danke ich aufrichtig für das freundliche Schreiben vom 30. v. M. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung nach Kräften zu fördern,

habe ich immer für meine Pflicht gehalten, weil ich ihr Bedeutung für die gesunde Entwicklung unseres politischen und sozialen Lebens wohl zu würdigen weiß. Mit der Versicherung besonderer Hochachtung Euer Hochwürden sehr ergebener Bülow.“

Der neue Bauernbund.

Auf einer von mehr als 3000 Bauern besuchten Versammlung des neu gegründeten Bauernbundes wurde an der Haltung der konservativen Partei scharfe Kritik geübt, im übrigen jedoch betont, daß der deutsche Bauernbund agrarisch sei und nicht etwa eine freihändlerische Politik treibe, auch keiner Milderung der Schutzollpolitik zustimme. Man bekämpfe nicht den Bund der Landwirte, sondern dessen Leitung, und werde mit dem Bunde Hand in Hand gehen. Der deutsche Bauernstand werde sich reorganisieren und seine Interessen und damit die gesamte Landwirtschaft stärken; jede Ueberbetreibung von agrarischer Seite schade aber der Landwirtschaft. Landwirt Partei-Tecklenburg ging auf die Stellung des neuen Bauernbundes zum Bunde der Landwirte ein. Es gereiche dem Bunde der Landwirte nicht zur Ehre und es stehe nicht in Einklang mit dem lauterem Patriotismus, dessen er sich immer rühmt, wenn er im Verein mit der konservativen Partei für die Schaffung von Restgütern und für Abgaben an den Großgrundbesitz eingetreten ist. Durch solche Handlungen huldierte er nicht dem Grundsatze: Das Vaterland über die Partei! Jetzt mache der Bund der Landwirte in Gemeinschaft mit den Konservativen, dem Zentrum und den Polen eine Finanzreform, die auf die Interessen des kleinen Bauers gar keine Rücksicht nimmt. (Sehr richtig!) Er habe die Erbschaftsteuer, die für den kleinen und mittleren Besitz gar nicht so unannehmbar war, zu Fall gebracht. Er habe dadurch den Sturz unseres aller verehrten Reichskanzlers, der unser volles Vertrauen besitze, mit herbeiführen helfen. Ein neuer Block ist gegründet ein Block, an dem die Polen teilnehmen. Ich brauche, um die Situation zu charakterisieren, wirklich nur den Namen des Grafen Westarp zu nennen. (Sehr gut!) Einstimmig beschloß die Versammlung dann die Absendung folgenden Telegramms an den Fürsten Bülow: „Der in Gnesen versammelte, von mehreren Tausend deutschen Bauern besuchte deutsche Bauerntag bedauerte aufs lebhafteste die innerpolitische Lage, wie sie durch Ablehnung der auf die Bedürfnisse der deutschen Landwirtschaft in jeder Beziehung Rücksicht nehmenden allgemeinen Besitzsteuern geschaffen worden ist. Wir stehen vor der Zertrümmerung des nationalen Blocks, die eine schwere Erschütterung der deutschen Ostmarkenpolitik zur Folge haben muß und das deutsche Volk eines so hervorragenden Staatsmannes, wie des Fürsten Bülow, beraubt. Fürst Bülow hat sich um die Befestigung des Ansehens des deutschen Volkes in der Welt, sowie um die deutsche Landwirtschaft die größten Verdienste erworben.“

Ausland.

Wieder einmal Skandaljeneren

im österreichischen Abgeordnetenhaus.

Zum Schluß der gestrigen Sitzung brachte der Abg. Dr. Slama als Obmann des Immunitätsausschusses einen energischen Protest gegen die Weigerung der geladenen Polizeifunktionäre, vor dem Immunitätsausschusse zu erscheinen, vor. Präsident Dr. Bantat erklärte, der Minister des Innern habe sich im Gespräch mit ihm darauf berufen, daß die Protokolle über die Angelegenheit, die außerdem bereits gerichtlich anhängig sei, dem Ausschusse vorlägen. Weiter habe sich der Minister auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung berufen, wonach jeder Verkehr zwischen dem Hause oder seinen Ausschüssen und den Behörden lediglich auf dem Wege über die Zentralstellen zu erfolgen habe. Die Sozialdemokraten und Tschechisch-Radikalen begleiteten die Ausführungen des